

AUSBILDUNG UND BETRIEBE IN BERLIN STÄRKEN.



LEBENSPEKTIKEN DURCH BESTE BERUFLICHE BILDUNG SCHAFFEN

Die Berufliche Bildung in Berlin braucht endlich eine Trendwende. Seit Jahren werden Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen und Auszubildende vom rot-rot-grünen Senat vernachlässigt, während gleichzeitig Wertschätzung gepredigt, aber keine Reformen und Fortschritte vollzogen werden.

Die SARS-CoV-2 Pandemie hat zur Krise der Ausbildung beigetragen: Während in Berlin im Jahr 2019 noch 38.446 Ausbildungsplätze bestanden, waren es im Jahr 2020 nur noch rund 37.000 Auszubildende. Auch die Zahl der neuen Ausbildungsverträge ging um 12 Prozent auf 13.700 und damit weit mehr als der Bundesdurchschnitt von 9,4 Prozent zurück. Die Perspektiven trüben sich für eine Betriebsübernahme im Anschluss an die Ausbildung ein. Während Studierende auf umfangreiche psychologische Unterstützungsangebote zurückgreifen können, gehen Auszubildende vergleichbar leer aus und müssen die Belastungen der Pandemie größtenteils

privat kompensieren.

Doch auch schon vor der SARS-CoV-2 Pandemie unternahm der Senat zu wenig für Auszubildende: ein Trend zur Akademisierung, die deutschlandweit höchste Lösungsquote von Ausbildungsverträgen, das höchste Einstiegsalter in die Ausbildung in Deutschland, eine hohe Unzufriedenheit der Ausbildungsbetriebe mit den Grundkenntnissen der Auszubildenden und mangelhafte Fortschritte bei der Digitalisierung der Berufsschulen.

Es ist an der Zeit, dass wir in Berlin nicht mehr nur von mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung sprechen, sondern die Rahmenbedingungen ändern, um mehr Menschen für die Ausbildung zu gewinnen und die Qualität der Ausbildung nachhaltig verbessern. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Berlinerinnen und Berliner die berufliche Bildung als Perspektive für ihr eigenes Leben begreifen. Denn die duale Ausbildung befähigt seit Jahrzehnten junge Menschen selbstbestimmt zu leben und auch einen Betrieb zu gründen. Die Ausbildung gibt ihnen das Rüstzeug, um ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen zu gestalten und durch eigene Arbeit und Leistung einen sozialen Aufstieg zu erreichen.

UNSER 10-PUNKTE-PLAN:

1. DURCH WERKUNTERRICHT NEUE INTERESSEN WECKEN.
2. EIN UPDATE FÜR DIE BERUFSORIENTIERUNG.
3. DAS BERUFSABITUR ZUM STANDARD MACHEN.
4. DURCH EUROPA-OSZS AUSLANDSERFAHRUNGEN FÜR AUSZUBILDENDE ERMÖGLICHEN.
5. AUSBILDUNGSWOHNHEIME FÜR MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM.
6. AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE GLEICHBERECHTIGT FÖRDERN.
7. DURCH DIE AUSBILDUNG EINE ZWEITE UND DRITTE CHANCE ERMÖGLICHEN.
8. MEISTERGEBÜHR ABSCHAFFEN UND DEN MEISTER ATTRAKTIVER GESTALTEN.
9. DIE DIGITALISIERUNG IN DEN BERUFSSCHULEN VORANBRINGEN.
10. EIN BERLINER BÜNDNIS FÜR BESSERE AUSBILDUNG.

DURCH WERKUNTERRICHT NEUE INTERESSEN WECKEN.

Immer weniger junge Menschen interessieren sich für eine Ausbildung im Handwerk. Dabei bieten sich hier unterschiedlichste Berufe, die unser tägliches Leben erst ermöglichen. Ob Dachdecker, Elektronikerin, Bäcker oder Uhrmacherin: Die Möglichkeit im Handwerk sind vielfältig. Wir wollen gerade bei Kindern frühzeitig ein Interesse am Handwerk zu wecken und fordern die Einführung von Werkunterricht an allen Berliner Grundschulen ein.

Durch den Werkunterricht werden feinmotorische Fähigkeiten gefördert, exaktes, ordentliches, ausdauerndes und geduldiges Arbeiten gelehrt sowie Wissen aus den Technik und vielen anderen Fachwissenschaften vermittelt. Moderner Werkunterricht verbindet durch Erschließungshandeln Theorie und Praxis miteinander und hilft die aufgabenbezogenen Überlegungen der Schüler praktisch zu realisieren. In einer von Technik und Technologie geprägten Gegenwart und Gesellschaft ist technische Bildung ein notwendiger Bestandteil der Allgemeinbildung, besonders in einem modernen Industrieland wie Deutschland.

EIN UPDATE FÜR DIE BERUFSORIENTIERUNG.

Wir brauchen ein Update in der Berufsorientierung, dass das Potential, die Aufstiegschancen und die Entfaltungsmöglichkeiten aller Berufs- und Aus-

AUSBILDUNG UND BETRIEBE IN BERLIN STÄRKEN.



bildungswege aufzeigt. Dabei wollen wir die Rolle von Vorbildern in der Berufsorientierung stärken und sie an die Schulen bringen. „Ausbildungsbotschafter/-innen“ sollen Schülerinnen und Schüler mit Auszubildenden zusammenbringen, die auf persönlicher Ebene von ihren Erfahrungen als Azubis berichten. Ein Schwerpunkt soll dabei auf den MINT-Berufen liegen.

Ebenso unterstützen wir das Programm „Schulpaten“ der Handwerkskammer Berlin und setzen uns für eine Erweiterung ein, so dass künftig mehr Grundschulen erreicht werden können.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Vorstellungen und Ideen von Eltern immer entscheidender für die Berufswahlentscheidung von jungen Menschen werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Programme zur Berufsorientierung insbesondere Eltern stärker in den Fokus nehmen. Das Programm der Ausbildungsbotschafter/-innen soll in Zukunft auch auf Elternabenden Einblick in die Berufswelt der Auszubildenden geben. Außerdem fordern wir:

- Die Berufsorientierung muss zu einem verbindlichen Lehrinhalt ab der Grundschule und auch in den Gymnasien verpflichtend werden.
- Die vielen unterschiedlichen Berufsorientierungsprogramme müssen auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert, gestrafft und für die Schulen übersichtlich zusammengefasst werden.
- Insbesondere in jungen Jahren soll der Blick der Mädchen für MINT-Berufe und der Jungen für soziale Berufe geweitet werden.

DAS BERUFSABITUR REGULÄR ANBIETEN.

Leistungsstarken Schülerinnen und Schüler möchten wir durch das Berufsabitur, d.h. die Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife und der Abschluss einer Ausbildung in insgesamt vier Jahren, neue Perspektiven durch einen vielseitigen Abschluss ermöglichen, der eine vielfältige berufliche Zukunft ermöglicht.

Dafür soll das Berufsabitur an allen Berufsschulen regulär angeboten werden und so die Attraktivität der beruflichen Bildung gesteigert und die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Auszubildenden erweitert werden.

DURCH EUROPA-OSZS AUSLANDSERFAHRUNGEN FÜR AUSZUBILDENDE ERMÖGLICHEN.

Auslandserfahrungen und sprachliche sowie interkulturelle Kompetenzen sind in unserer globalisierten Arbeitswelt immer wichtiger. Um den inter-

nationalen Austausch auch in der beruflichen Bildung zu fördern, sollen Oberstufenzentren in Berlin als europäische Schulen ausgerichtet werden und Erasmus+ gestärkt werden.

Hierfür wollen wir in Berlin ein Pilotprojekt in Form eines „Europa-OSZ“ starten, welches sowohl den allgemeinbildenden als auch den Fachunterricht bilingual anbietet und den Auszubildenden mindestens einen europäischen Auslandsaufenthalt während der Ausbildung ermöglicht. Wir Freie Demokraten wollen bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung ermöglichen.

AUSBILDUNGSWOHNHEIME FÜR MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM.

Der Berliner Wohnungsmarkt ist gerade für junge Menschen besonders angespannt und das Finden einer bezahlbaren Wohnung mit dem Einkommen aus einer Ausbildung beinahe unmöglich. Doch der Beginn einer Ausbildung stellt für viele junge Menschen den Beginn eines neuen Lebensabschnitts dar, der durch mehr Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und idealerweise auch durch eine eigene Wohnung geprägt werden soll. Gleichzeitig stehen für Studierende Wohnungen in Wohnheimen zur Verfügung, die Auszubildenden bislang meist verschlossen bleiben.

Deshalb fordern wir in der kommenden Legislaturperiode mindestens 1.000 Ausbildungswohnheimplätze in Berlin zu schaffen. Zusätzlich müssen bestehende Studentenwohnheime stärker als bisher auch für Auszubildende geöffnet werden. Zudem wollen wir Unternehmen, die bereit sind Wohnungen für ihre Auszubildenden zu bauen, geeignete Flächen in der Stadt bereitstellen.

AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE GLEICHBERECHTIG FÖRDERN.

Besonders talentierte Auszubildende müssen künftig die gleichen finanziellen Fördermöglichkeiten erhalten wie Studierende. Dafür wollen wir die Begabtenförderungen von (politischen) Stiftungen endlich für Auszubildende öffnen und ebenso Mittel aus Stipendienprogrammen erhöhen. Das Begabtenförderungswerk berufliche Bildung soll besser ausgestattet und die Förderungsstrukturen für private Stiftungen, Unternehmen und auch Betriebe attraktiver gemacht werden. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung. Auch sie sollen künftig von Seminar- und Schulungsangeboten profitieren. So schaffen wir mehr Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung.

AUSBILDUNG UND BETRIEBE IN BERLIN STÄRKEN.



DURCH DIE AUSBILDUNG EINE ZWEITE UND DRITTE CHANCE ERMÖGLICHEN.

Seit Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen in Berlin besonders hoch. Folge sind oft Beschäftigung ohne weitere Perspektive in Aushilfstätigkeiten oder Arbeitslosigkeit. Durch fördernde Ausbildungsmodelle und Unterstützung kann die Ausbildung für viele Menschen, die Aufstieg oder Perspektive suchen Möglichkeiten für eine persönliche und berufliche Entwicklung bieten. Deshalb fordern wir:

- Wer seit längerer Zeit in einem Betrieb ohne Berufsausbildung gearbeitet hat, soll regulär die Möglichkeit erhalten, die erworbenen Fähigkeiten für einen Ausbildungsabschluss angerechnet zu bekommen und den Abschluss in einem verkürzten, teilweise berufsbegleitenden Modell zu erlangen.
- Geflüchtete müssen sich schneller und besser deutsche Sprachkenntnisse aneignen können. Wir brauchen eine Evaluierung der Sprachkurse: An allen OSZ müssen Sprachkurse angeboten werden. Dabei müssen auch Fachsprachangebote entwickelt und angeboten werden.
- Einstiegsangebote für nicht ausbildungsreife Schülerinnen und Schüler, wie Praxisklassen und assistierte Ausbildung, sowie das Berliner Ausbildungsmodell (BAM) sollen gestärkt und ausgebaut werden. Die aufsuchende Beratung von Jugendlichen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, muss ausgebaut werden. Die Jugendberufsagentur muss hierfür gestärkt werden, um sicherzustellen, dass junge Menschen durch eine direkte Ansprache wieder die Gelegenheiten zur schulischen Weiterbildung nutzen.
- Auch der Spurwechsel zwischen Studium und Ausbildung muss erleichtert werden. Notwendig ist jedoch eine wechselseitige Anerkennung von Qualifikationen in Studium und Ausbildung. Projekte mit verkürzter Ausbildungszeit, etwa für Studienabbrecher, wollen wir im Einvernehmen von Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden stärken.

MEISTERGEBÜHR ABSCHAFFEN UND DEN MEISTER ATTRAKTIVER GESTALTEN.

Handwerkerinnen und Handwerker müssen endlich mehr Wertschätzung erhalten. Deshalb möchten wir die finanziellen Hürden für einen Meisterabschluss abbauen. Wir wollen den Meisterabschluss in Berlin künftig gebührenfrei gestalten und die Meisterinnen und Meister so schnell wie möglich von den rund 700 Euro Prüfungsgebühr entlasten. Des Weiteren soll bei einer erfolgreich abgeschlossenen Meisterprüfung künftig eine

Meisterprämie - wie in anderen Bundesländern bereits eingeführt – ausbezahlt werden.

Im nächsten Schritt sollen die Entgelte und Gebühren, die für den Besuch von Meisterlehrgängen anfallen und vielfach mehrere tausend Euro betragen, komplett durch die öffentliche Hand übernommen werden.

DIE DIGITALISIERUNG IN DEN BERUFSSCHULEN VORANBRINGEN.

Die Berliner Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden, alle Auszubildenden auf die Digitalisierung vorzubereiten. Sie müssen gut ausgestattete, moderne Bildungseinrichtungen sein, die junge Menschen motivieren und sie auf die Herausforderungen eines zunehmend digital geprägten Arbeitsmarktes vorbereiten. Deshalb fordern wir:

- Die Klassenräume der Berufsschulen müssen standardmäßig so ausgestattet werden, dass ein digitaler Unterricht ermöglicht wird. Die Oberstufenzentren müssen dabei selbst festlegen, ob sie Tablets, Laptops oder eine „Bring-Your-Own-Device“-Strategie nutzen.
- Nach dem Vorbild des „Digital.Learning.Lab“ soll das Land Berlin eine Online-Toolbox für Lehrkräfte entwickeln, die für digitale Lernmethoden genutzt werden können.
- Alle Lehrkräfte müssen verpflichtenden Fortbildungsveranstaltungen zu Digitalthemen besuchen. Digitale Pädagogik muss zudem Teil der Berufsschullehrerausbildung an Universitäten werden.
- Zur Verbesserung der Lernortkooperation muss eine gemeinsame Strategie mit den Ausbildungsbetrieben erarbeitet werden, um eine bessere und technologisch aktuelle Ausstattung an den OSZ zu garantieren. Hierbei kann auch eine freiwillige Beteiligung der Ausbildungsbetriebe an einer Erhöhung der Sachmittel in Betracht gezogen werden.
- Um die Ausbildung an die digitale Transformation anzupassen, müssen auf Bundesebene in allen Ausbildungsordnungen digitale Kompetenzen aufgenommen und neue Ausbildungsberufe geschaffen werden, die den Anforderungen eines digitalen Arbeitsmarktes entsprechen.

AUSBILDUNG UND BETRIEBE IN BERLIN STÄRKEN.



EIN BERLINER BÜNDNIS FÜR BESSERE AUSBILDUNG.

Die 2015 beschlossene Sonderkommission Ausbildung beim Regierenden Bürgermeister hat bisher kaum Ergebnisse gebracht. Noch immer finden in Berlin gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Politik, Verwaltung, Schulen und Betrieben statt anstelle einer pragmatischen Lösung der Probleme.

Dies kann so nicht bleiben! Deshalb fordern wir ähnlich wie in Hamburg ein „Berliner Bündnis für beste Ausbildung“ aus Wirtschaft, Berufsschulen und Politik und Verwaltung, die gemeinsam daran arbeiten, die berufliche Bildung in Berlin auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen und die Ausbildung in Berlin endlich zu reformieren.



Dr. Maren Jasper-Winter, MdB
Sprecherin für Aus- und Weiterbildung
und Frauen



Sebastian Czaja, MdB
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Wirtschaft

Fraktion der Freien Demokraten
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
D-10117 Berlin
info@fdp-fraktion.berlin